



Prof. Dr. Jürgen Neyer

„Einführung in die Internationalen Beziehungen“

13.1.2009: Regionale Integration: EU

Vorlesung: BA, Sozialwissenschaften-Einführung // GS,
Typ A

Dienstag, 11:15 - 12:45 Uhr

Regionale Integration weltweit



EUROPA-UNIVERSITÄT
VIADRINA
FRANKFURT (ODER)

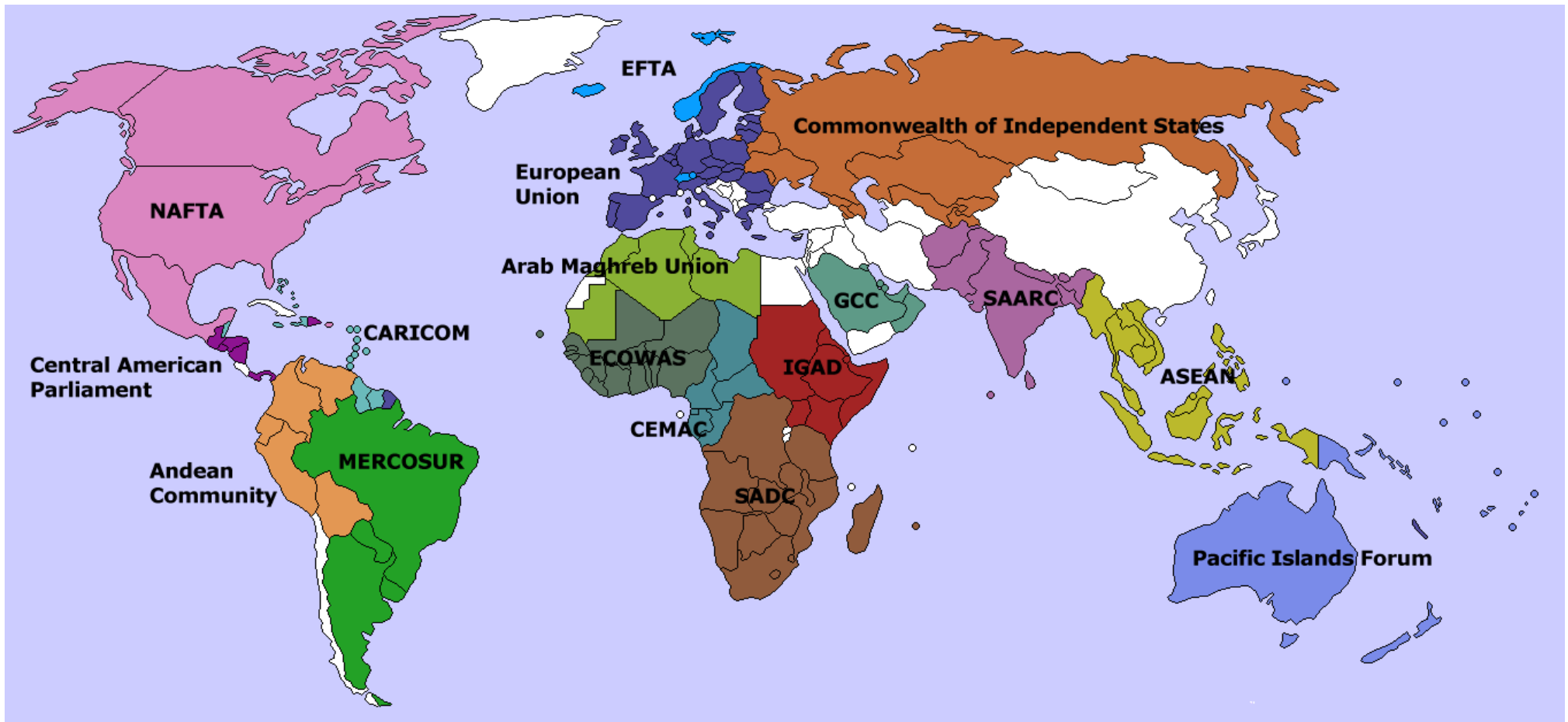
Grenzen nationalstaatlicher Handlungsfähigkeit als
Motive für regionale Integration:

- (1) Freihandel
- (2) Sicherheit
- (3) Umwelt
- (4) Migration
- (5) Kriminalität
- (6) ...

Regionale Integration weltweit



EUROPA-UNIVERSITÄT
VIADRINA
FRANKFURT (ODER)



Regionale Integration weltweit



EUROPA-UNIVERSITÄT
VIADRINA
FRANKFURT (ODER)

Unterschiedliche Ziele:

- (1) Freihandel (NAFTA, ASEAN)
- (2) Sicherheitsabkommen (NATO, Warschauer Pakt)
- (3) Politische Gemeinschaft (EU, AU)

Unterschiedliche Formen:

- (1) International vs. supranational (nur EU)
- (2) Politikfeldspezifisch vs. umfassend (nur EU)

Warum sich mit der Europäischen Union beschäftigen?



EUROPA-UNIVERSITÄT
VIADRINA
FRANKFURT (ODER)

- Am weitesten entwickelte regionale Organisation
 - a) Einzige supranationale Regionalorganisation
 - b) Immer mehr Politikbereiche werden von der europäischen Integration berührt (vier Grundfreiheiten, Außen- und Sicherheitspolitik, Polizeiliche Zusammenarbeit in Justiz und Strafsachen)
 - c) Grundlegende Veränderung unserer politischen Systeme: von nationaler Souveränität/parlamentarischer Demokratie zu verhandlungsbasierten Mehrebenensystemen
- Europa-Universität Viadrina

Europäische Union beschreiben



Europäische Union

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Politikbereiche:

- Außenpolitik: Koordination der nationalen Politiken, Erhaltung des Friedens, Förderung von Demokratie und Menschenrechten durch gemeinsame Strategien, Standpunkte und Aktionen
- Sicherheitspolitik: schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, rüstungspolitische Zusammenarbeit, Krisenbewältigung

Europäische Gemeinschaften (EG, Euratom)

Politikbereiche:

- Zollunion und Binnenmarkt
- Wettbewerbspolitik
- Visa-, Asyl- und Einwanderungspolitik
- justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen
- Wirtschafts- und Währungsunion
- Agrarpolitik
- Handelspolitik
- Sozial- und Beschäftigungspolitik
- Bildung und Kultur
- Gesundheitswesen
- Verbraucherschutz
- Regionalpolitik, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt
- Forschung
- Umwelt

Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit

Politikbereiche:

- Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust)
- Polizeiliche Zusammenarbeit (Europol)

Regierungszusammenarbeit
(Intergouvernemental)

Gemeinschaftspolitik
(supranational)

Gemeinschaftsverträge:
EGV, EuratomV

Regierungszusammenarbeit
(Intergouvernemental)

Vertrag über die Europäische Union (EUV)

Europäische Union verstehen



EUROPA-UNIVERSITÄT
VIADRINA
FRANKFURT (ODER)

	Was?	Wie?	Wer?	Legitim?
Liberaler Intergouvernementalismus (Moravcsik)	Intergouvernementales Regime, internationale Organisation	Pooling v. Souveränität, Aggregation v. Präferenzen, Über-die-Bande-spielen	Mitgliedstaatliche Regierungen, innerstaatliche Lobbies	Gewaltenteilung vs. Bestärkung der Exekutive
Technokratismus (Majone)	Ausgelagerte Agentur	Expertise, Pareto-optimal, Delegation	Mitgliedstaatliche Verwaltungen	Legitim durch Problemlösungsfähigkeit
Neofunktionalismus (Haas)	Supranationale Organisation	Funktionaler und politischer Spillover, upgrading of common interest	Nicht-staatliche Akteure oberhalb und unterhalb des Staates	Nationalstaat als dysfunktionale Einheit



Intergouvernementalismus

Was ist die EU:

1. Intergouvernementales Regime
2. Pooling v. Souveränität
3. Grund: Verpflichtungen mit Glaubwürdigkeit versehen
4. Übersetzung dominanter innerstaatlicher Präferenzen in Außenpolitik
5. Integration als Produkt mitgliedstaatlicher Außenpolitiken
6. Supranationale Institutionen als Instrumente von und für Regierungen ohne eigenen großen Gestaltungsspielraum



Intergouvernementalismus

Legitimität der EU:

- Hohes Maß an wechselseitiger Kontrolle und hohes Maß an Transparenz

versus

- Privilegierte Rolle der Regierungen in EU als Problem (Exekutivlastigkeit)
- Möglichkeit der Beeinflussung der Innenpolitik
- Schwächung der nat'l Parlamente und der Öffentlichkeit
- Innenpolitische Autonomiesteigerung der Exekutive und Verlust an Demokratie

Technokratismus



EUROPA-UNIVERSITÄT
VIADRINA
FRANKFURT (ODER)

Was ist die EU:

1. Ausgelagerte nicht-majoritäre Agentur zur Bearbeitung grenzüberschreitender Probleme
2. Lediglich regulative, keine redistributive Politik
3. Notwendige Ergänzung majoritärer Politikgestaltung
4. Unpolitisch und expertisebasiert
5. Abgeschottet vom demokratischen Prozess

Majone, Giandomenico 1998: 'Europe's 'Democratic Deficit': The Question of Standards', in: European Law Journal 4:1, 5-28.

Technokratismus



EUROPA-UNIVERSITÄT
VIADRINA
FRANKFURT (ODER)

Legitimität der EU:

- Je weiter weg von majoritären Entscheidungen desto besser
- Kontrolle durch Gerichte, nicht Parlamente
- Pareto-optimale Politik
- Schutz der Demokratie vor den Politikern

Majone, Giandomenico 1998: 'Europe's 'Democratic Deficit': The Question of Standards', in: European Law Journal 4:1, 5-28.



Neofunktionalismus

Was ist die EU:

1. Vorläufiges Ergebnis eines Prozess “whereby political actors in several distinct national settings are persuaded to shift their loyalties, expectations, and political activities towards a new and larger centre, whose institutions possess or demand jurisdiction over the pre-existing national states”
2. funktionaler spill-over (politische Kompetenzen werden auf supranationale Ebene übertragen)
3. politischer spill-over (Loyalitäten verlagern sich)
4. Entscheidungsmodus des „upgrading of common interest“
5. Nicht-staatliche Akteure oberhalb und unterhalb des Staates als treibende Kräfte
6. Notwendige Vorbedingungen für Integration: Pluralismus, Demokratie, Industriegesellschaften

Neofunktionalismus



EUROPA-UNIVERSITÄT
VIADRINA
FRANKFURT (ODER)

Legitimität der EU:

- Supranationale Entscheidungsfindung (Upgrading of common interests) als problemlösungsfähiger Entscheidungsmodus
- Nationalstaat als dysfunktionale politische Einheit (form follows function)



Veränderungen durch den Vertrag von Lissabon I

- Streichung des Begriffes „Wettbewerb“ aus dem Zielkatalog der Union
- Kodifizierung der „Kopenhagener Kriterien“
- Grundrechtecharta als Protokoll angehängt (ohne Polen und Großbritannien)
- Europäischer Rat als Organ
- Europäischer Außenminister („Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik“)
- Verkleinerung der Europäischen Kommission ab 2014



Veränderungen durch den Vertrag von Lissabon II

- ab 2017: doppelte Mehrheit im Rat; bis 2017 Ioaninna-Klausel
- Vereinfachte Möglichkeit der verstärkten Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres (Anerkennung von Justizurteilen, Harmonisierung des Strafrechts, polizeiliche Zusammenarbeit)
- Keine explizite Nennung des Primates des Gemeinschaftsrechts
- Rechtspersönlichkeit
- Keine europäische Symbolik (Flagge, Hymne, Gesetz)
- Solidarität in Fragen der Energieversorgung
- Beitritt der Union zur EMRK